

Angst vor Geschichtsfälschung – Geschichtspolitik in Russland

von Kristiane Janeke

Vor 70 Jahren wurde der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet. Auch in Russland wird offen über die Motive des sowjetischen Diktators und seinen Anteil am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges diskutiert. Um jedoch die Deutungshoheit zu behalten, wurden in Russland ein Gesetz gegen die Herabsetzung der „entscheidenden Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg“ sowie eine „Kommission gegen Geschichtsfälschung“ auf den Weg gebracht.

Die Russen trinken gerne und sie trinken viel. Soweit das Klischee, soweit die halbe Wahrheit. Wer jemals mit Russen gefeiert hat weiß, dass jedes Glas mit einem Toast erhoben wird. In jeder Runde von Deutschen und Russen ist es üblich, einen dieser Trinksprüche auf den Krieg auszubringen. Dies kann der Dank für die Gastfreundschaft gerade gegenüber den Deutschen sein, die Freude über eine anhaltend gute Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der gemeinsamen tragischen Geschichte oder das Gedenken an diejenigen, die im Krieg gefallen sind. Meine Erfahrung zeigt, dass dies nicht erwartet, aber sehr geschätzt und mit einem weiteren Toast auf die unverbrüchlich guten Beziehungen beider Länder belohnt wird.

Dieses, wie andere mit dem „Großen Vaterländischen Krieg“, also dem deutsch-sowjetischen Krieg 1941–1945, verbundenen Rituale zeigt, wie wichtig die Erinnerung noch heute für die Russen ist. Das gilt auch für junge Menschen, denn es gibt bis heute kaum eine Familie, die nicht jemandem im Krieg verloren hat. Die Erinnerung daran ist ein zentraler, identitätsstiftender Bestandteil des kulturellen Gedächtnisses. Und die Geschichtspolitik des Kremls sorgt dafür, dass sie auch 64 Jahre nach Kriegsende nicht verblasst oder gar dem offiziellen Geschichtsbild widerspricht.

Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, hat Sergej Schojgu, General und Minister für Katastrophenschutz, im Mai ein „Gesetz gegen das Infragestellen der entscheidenden Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg“ vorgeschlagen. Parallel dazu hat Präsident Medwedew eine Kommission gebildet, die „Bestrebungen zur Verfälschung der Geschichte zum Nachteil der Interessen der Russländischen Föderation“ entgegenwirken soll. Beide Initiativen zielen darauf ab, „die eigene Erinnerung an die Geschichte zu verteidigen“, so Schojgu. Diese betont den „Heldenmut unserer Väter und Großväter“ und die entscheidende Rolle der Sowjetunion für die Beendigung des Krieges. Jede andere Form der Erinnerung wäre gemäß dieser Interpretation revisionistisch und eine Verfälschung der historischen Wahrheit.

Sollte das Gesetz Erfolg haben, so wäre es fortan strafbar, den Sieg der Sowjetunion zu leugnen oder zu behaupten, die Rote Armee habe auch Verbrechen begangen. Die Stoßrichtung ist klar: Seit dem Streit um die Versetzung eines sowjetischen Denkmals in Tallinn 2007 ist der Konflikt um die unterschiedliche Interpretation der Geschichte zwischen Russland und dem Baltikum nicht zur Ruhe gekommen. Während Russland allein die Befreiung vom Nationalsozialismus hervorhebt, verweisen die baltischen Staaten vor allem auf die neue, sowjetische Okkupation. Träte das Gesetz in Kraft, müssten Politiker aus dem Baltikum, aber auch aus anderen Ländern, deren Geschichtsinterpretation nicht mit der Russlands übereinstimmt, bei einer Einreise nach Russland mit Strafverfolgung rechnen.

↓ Ausstellung der „Helden der Sowjetunion“ im
Museum des Großen Vaterländischen Krieges

↙ Ruhmeshalle im Museum des „Großen Vaterländischen
Krieges“ in Moskau



→ Inszenierung in der Dauerausstellung im Zentralen Museum der Streitkräfte in Moskau.



Wirft man einen Blick auf die Geschichte der Kriegserinnerung und Geschichtspolitik in Russland, so scheint sich das Gesetz nahtlos darin einzufügen. Spätestens seit der Regierungszeit Leonid Breschnews in den 60er Jahren wird der „Große Vaterländische Krieg“ instrumentalisiert, um die Stärke der Sowjetunion bzw. Russlands im In- und Ausland zu beschwören. Bis heute erhalten hat sich der Wunsch, den bedeutenden Anteil der Sowjetunion an der Niederschlagung des Nationalsozialismus zu würdigen und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Das ist verständlich, war es doch die UdSSR, die den Vormarsch der deutschen Truppen stoppte, sie aus dem eigenen Land und den besetzten Gebieten Ost- und Mitteleuropas zurückdrängte und sie schließlich, gemeinsam mit den westalliierten Truppen, besiegte. Auch ist im Ausland die Geschichte des deutsch-sowjetischen Krieges noch immer kaum bekannt und bleibt allzu oft hinter Stereotypen und einem negativen Russlandbild des Kalten Krieges zurück. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass der Kampf gegen die Deutschen vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrung seit 1941 erfolgte: Die Sowjetunion war Opfer eines brutalen und zielgerichteten Vernichtungsfeldzuges durch Wehrmacht, SS und Sonderkommandos, die Menschen gezielt getötet oder zur Zwangsarbeit verschleppt sowie Städte und Dörfer zerstört haben. Bis Kriegsende hatte das Land mehr als 27 Millionen Opfer zu beklagen.

Mittlerweile steht es jedoch auch bei vielen russischen Historikern außer Zweifel, dass Stalin durch seine Politik und Terrorherrschaft zur Brutalisierung des Krieges beigetragen und damit die Zahl der Opfer in der eigenen Bevölkerung erhöht hat. Allerdings lässt sich beobachten, dass die Aufarbeitung dieser Verbrechen noch immer nicht in ausreichendem Maße betrieben wird. Einige Politiker und Historiker sind gar bemüht, dies zu verhindern und das Ansehen Stalins als Obersten Befehlshaber der Roten Armee und „genialen Feldherrn“ nicht zu beschädigen.

Wie schwierig der Umgang mit der eigenen Geschichte ist, zeigt die weiterhin emotional geführte Diskussion über den Nationalsozialismus in Deutschland, etwa über die Rehabilitierung von Deserteuren oder die „Helfer Hitlers“ in den besetzten Gebieten, ebenso wie die immer wieder aufflammende Debatte, inwieweit die DDR ein Unrechtsregime gewesen ist. Auch die Staaten Ost- und Ostmitteleuropas ringen noch immer um ein eigenes, postsowjetisches Geschichtsbild. Viele europäische Länder haben geschichtspolitische Gesetze erlassen, die die Leugnung des Holocaust und, in Polen und Tschechien, die der kommunistischen Verbrechen unter Strafe stellen.

Im Unterschied dazu aber würde das russische Gesetz eine offene, gesellschaftliche Debatte verhindern, indem es den kritischen Blick unter Strafe stellen will und die UdSSR ausschließlich als Befreier und Retter betrachtet. Insofern zeugt die Initiative von einem fehlenden Vertrauen in eine pluralistische und demokratische Erinnerungskultur. Diese könnte angeregt werden durch die Förderung einer differenzierteren Geschichtswissenschaft in Russland, zu der auch der freie Zugang zu den Archiven gehört. In Verbindung damit könnte außerhalb Russlands eine verstärkte Aufklärung über die Rolle der Sowjetunion im Krieg dazu beitragen, die russischen Bedenken zu entkräften und eine lebendige und kontroverse Diskussion zu entwickeln. Um damit den Grundstein für eine neue Generation von Trinksprüchen zu legen.



Dr. Kristiane Janeke, Jg. 1967, Osteuropahistorikerin und Kulturmanagerin, absolvierte das Stipendium für internationale Aufgaben 1996/97 zum Thema „Beutekunst – Perspektiven der deutsch-russischen Kulturbeziehungen“. Nach Tätigkeiten für internationale Museen und Ausstellungen, zuletzt als Leiterin des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst, arbeitet sie freiberuflich in Berlin: www.tradicia.de

20 Jahre Mauerfall – Erinnerung und Identität. Eine persönliche Perspektive

von Susanne Skoruppa und Alexander Schratz

Susanne Skoruppa, Jg. 1979, aus Leipzig erlebte die Revolution in der DDR als Jugendliche und interessiert sich seit ein paar Jahren mit teil- und gesamtdeutschen Identitätsfragen.

Alexander Schratz, Jg. 1984, aus Bergisch Gladbach erinnert aus den Jahren 1989/90 bewusst nur noch das WM-Finale. Beim Studium in Dresden waren Identitätsfragen dennoch präsenter als erwartet.

In einem Dialog zeichnen sie einen Ausschnitt ihrer persönlichen Erfahrungen, Eindrücke und Einblicke bezüglich deutscher Identitäten und Erinnerungskultur auf.

Alex: Susanne, kannst Du kurz schildern, wie Du zu der aktiven Auseinandersetzung mit dem Thema der deutsch-deutschen Identität und Erinnerungskultur nach 1989 gekommen bist?

Susanne: Ich wurde recht früh während zwei längeren Auslandsaufenthalten in der Schulzeit und vor dem Studium mit dem Thema Identität konfrontiert. Ost-West wurde aber erst richtig plastisch, als ich 1999 an der Freien Universität Berlin zu studieren begann und zum ersten Mal auf sehr starke Vorurteile traf. Ich schämte mich, trainierte mir den sächsischen Dialekt ab und verleugnete eine Zeitlang fast meine Herkunft. Dies wandelte sich mit der Zeit und mit zunehmenden Erfahrungen, vor allem durch weitere Aufenthalte im Ausland.

„So arrogant ... das war bestimmt ein Wessi!“

Alex: Das Studium mit westdeutschen Kommilitonen hat Dich also mehr über Identitätsfragen nachdenken lassen als die Auslandsaufenthalte? Oder hat es Dich einfach persönlich stärker betroffen?

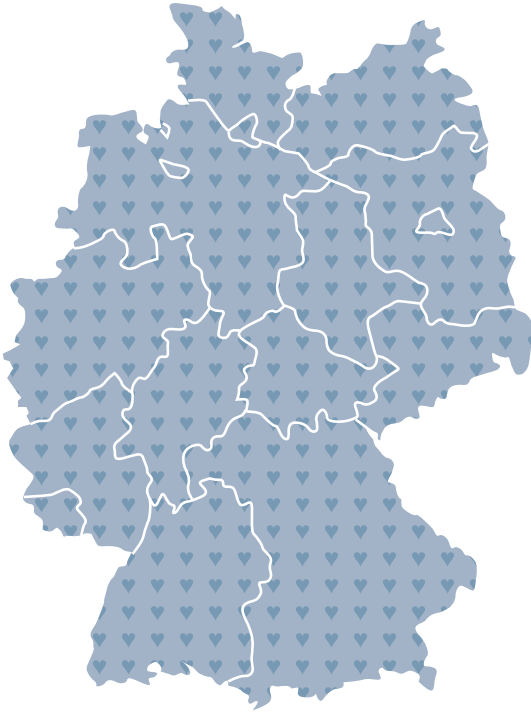
Susanne: Sowohl als auch; im Ausland sind die Vorurteile und Klischees gegenüber Deutschen oft andere. Sie beschreiben „die Deutschen“ wenig differenziert und spiegeln eher historische Aspekte der deutschen Identität wider. In Deutschland dagegen spielt vor allem für Ostdeutsche der Ost-West-Unterschied eine größere Rolle in der Wahrnehmung der eigenen Identität.

Alex: Die Vorurteile und Klischees habe ich auch umgekehrt erlebt. Meine ostdeutsche Mitbewohnerin, zum Beispiel, berichtete beim Abendessen erzürnt von einem unangenehmen Professor, den sie gerade zum ersten Mal in einem Seminar gehabt hatte. Und sie beendete ihren Bericht mit den Worten: „So arrogant ... das war bestimmt ein Wessi!“ Dann erst bemerkte sie meinen etwas verstörten Blick. Selbstverständlich möchte ich das nicht verallgemeinern und ich kann solche Erlebnisse an einer Hand abzählen. Aber gerade deswegen ist es einprägsam geblieben. Im Studiengang, wo wir eine bunt gemischte Truppe aus allen Bundesländern waren, spielten eher westdeutsche Regionalidentitäten eine Rolle als ein Ost-West Gegensatz.

Susanne: Nur westdeutsche Regionalidentitäten?

Alex: Auch ostdeutsche, aber weniger deutlich. Etwa, wenn die „echten“ Brandenburger scherzhaft über die Nordsachsen (aus Südbrandenburg) lästerten, und diese wiederum über die „Löffelschnitzer“ aus dem Erzgebirge.

Susanne: Was mich seit einer Weile besonders interessiert: Ich habe beobachtet, dass viele meiner Freunde und Bekannten, die zur Wendezeit etwa zwischen 10 und 15 Jahre alt waren, sich mit einer zusätzlichen Dimension in der üblichen Identitätssuche auseinandersetzen. Diese geht weit über eine intellektuelle historische Reflektion hinaus und macht deutlich, wie stark auch oder vielleicht gerade die jüngeren Menschen Ost und West in sich tragen und oftmals zerrissen sind. Die Menschen, vor allem im Osten, schmerzt die Wende, oder vielmehr der damit einhergehende Bruch, noch immer. Damit meine ich nicht die übliche Ostalgie-Diskussion und die Gewinner-Verlierer-Perspektive, sondern die Tatsache, dass über Nacht vieles anders wurde, was für viele Ostdeutsche ein gewisses Chaos bedeutete. Von den Menschen wurde ein schnelles Funktionieren in einer neuen Situation erwartet, ohne Ihnen gleichzeitig einen Raum für Verarbeitung der extremen Veränderungen und Reflektion des Erlebten durch eine partizipative öffentliche Diskussion und entsprechende Bildungsarbeit zu bieten. Es wurde vieles verdrängt und ich finde, man spürt ein gewisses gesellschaftliches post-traumatisches Stresssyndrom sehr deutlich.



Alex: Dazu kommt wohl auch, dass die Auseinandersetzung mit deutsch-deutschen Gesellschafts- und Geschichtsbildern durch die verschiedenen Debatten in den Medien insbesondere in letzter Zeit stark polarisiert wird. Auf der anderen Seite ist die persönliche Perspektive in einer pluralistischen Medienwelt vielleicht auch unvermeidbar.

„Verharmlosung des SED Unrechtsregimes“

Susanne: Was ich sehr schwierig finde ist, dass es kaum eine wertfreie kritische Analyse zu diesem Thema im öffentlichen Dialog gibt. Die Tatsache, dass die Diskussion so polarisiert ist und oftmals von so immens großer Frustration auf beiden Seiten zeugt, spricht für einen starken Bedarf an einer Aufarbeitung, die sich aktiv mit den oftmals noch so fest sitzenden Vorurteilen auseinandersetzt. Mittlerweile scheinen mit den Totschlagargumenten „Ostalgie“ und „Verharmlosung des SED Unrechtsstaats“ alle potentiell weiterführenden Diskussionen im Keim erstickt und sofort in sehr negativ besetzte Schubladen gesteckt zu werden. Dabei fehlt es oftmals an Substanz. Das eigentliche Problem wird verkannt und verzerrt, nämlich die Schwierigkeiten eines Teils der Bevölkerung (vor allem in Ost, aber auch in West), das Trauma Wende zu überwinden und produktiv mit dem damit verbundenen Schmerz umzugehen. Wenn Erinnerung zwar einerseits gefordert, andererseits jedoch gleichzeitig nicht wertfrei betrachtet und sofort verurteilt wird, werden die Fronten nur weiter verhärtet.

Alex: Die Frage ist nur, wie man aus diesem Dilemma herauskommt – 20 Jahre nach den historischen Ereignissen. Erinnerungen sind ja – zumal nach so langer Zeit – auch nicht wertfrei. Das einzige, wo ich spontan deutlichen Handlungsbedarf sehe, ist in der Schulbildung. Mein Geschichtsunterricht endete mit dem Jahr 1945. Und mein Politikunterricht begann 1990. Das ist genau die Lücke in unserem kollektiven Gedächtnis. Vielleicht wäre es nach einem französisch-deutschen Geschichtsbuch auch Zeit für ein deutsch-deutsches Geschichtsbuch über die Zeit 1945–1990?

„Vielleicht wäre es nach einem deutsch-französischen Geschichtsbuch auch Zeit für ein deutsch-deutsches Geschichtsbuch.“

Susanne: Ja, unbedingt! Bildung als Aufgabe des Staates führt weiter zur Frage, inwieweit der Staat für Aufarbeitung verantwortlich ist und sein sollte und welche Rolle andere gesellschaftliche Institutionen einnehmen. Erinnerungen sind naturgemäß nicht wertfrei; die Frage ist vielmehr, wie ein Raum für einen Austausch kreiert werden kann, der weniger Polemik fördert und beide Perspektiven gleichmäßig hört. Was nicht automatisch heißt, dass verharmlost, romantisiert, verleugnet oder anderweitig verzerrt wird – im Gegenteil. Aufarbeitung sollte auf allen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden, durch Engagement der Zivilgesellschaft und natürlich durch die Medien, aber auf konstruktivere Art und Weise.



Susanne Skoruppa, Jg. 1979, hat in Berlin Jura studiert und einen LL. M. an der School of Oriental and African Studies in London in Law and Development erworben. Während des Stiftungskollegs 2006/07 hat sie sich mit dem Thema Rechts- und Justizreform bei UNDP in Phnom Penh und New York befasst. Vorher arbeitete sie unter anderem in einer französischen NGO, an der Freien Universität Berlin, im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York sowie im Deutschen Bundestag. Zurzeit erarbeitet sie bei der Weltbank das Wissensmanagementkonzept für ein rechtssoziologisches Programm.



Alexander Schratz, Jg. 1984, hat Internationale Beziehungen an der Technische Universität Dresden und der Johns Hopkins University (SAIS) studiert (Schwerpunkte Internationale Wirtschaft und Internationale Gesundheitspolitik). Während des aktuellen Stiftungskollegs 2008/09 beschäftigt er sich mit dem Thema „Prävention und Kontrolle Vernachlässigter Tropenkrankheiten“, mit Stagen unter anderem in Tansania und den Philippinen. Nach dem Kollegjahr würde er gerne weiter zu ökonomischen Aspekten von Krankheiten arbeiten.

Erinnerungen an die DDR: Eine deutsch-deutsche Grenzfahrt

von Nadia vom Scheidt

Christine Wenzel, Stiftungskolleg Jg. 2004/05, hat im Juli 2009 für die Ehemaligen des Stiftungskollegs für internationale Aufgaben eine Bildungsfahrt in ihre thüringische Heimat – Eichsfeld, Erfurt, Weimar – organisiert: Sie wollte denen, die so viel gereist sind und sich „in der Welt zu Hause fühlen“, zeigen, was das ehemalige innerdeutsche Grenzgebiet 20 Jahre nach dem Mauerfall politisch wie touristisch zu bieten hat.

Das ist ihr mit einem spannenden Programm auch gut gelungen: Rund um das Grenzlandmuseum und die Bildungsstätte Teistungen mit Begehung der verbliebenen Grenzanlagen und -wege, Darstellung der Stasitätigkeit in der Außenstelle der Birtler-Behörde in Erfurt, Führung im dortigen Stasigefängnis, Besichtigung des Willy-Brandt-Fensters in Erfurt, aber auch mit dem Eintauchen in die deutsche Klassik in Weimar.

Als immer wiederkehrendes Thema beschäftigte uns auf der viertägigen Fahrt das Leben im Schatten der Grenze und im DDR-Sperrgebiet. Die Zeitzeugen betonten vor allem den Alltagsaspekt, wie die Geschichte von der Oma, die von Teistungen aus über die Grenze reisen durfte und im benachbarten Duderstadt die DDR-Bollerwagen zu Geld machte – um dann mit um den Bauch geschnürten leeren Darmhüllen für die heimische Würstherstellung und einer ebenfalls geschmuggelten „Bravo“ zurückzukehren.

Bei diesen Gesprächen zeigte sich die unterschiedliche Bewertung der Erinnerung zwischen West und Ost: Was für die einen wie eine Anekdote klang, bei allem Ungemach wenigstens ab und zu die Grenzer gefoppt zu haben, beschrieb für die anderen eine alltägliche Auseinandersetzung mit Repräsentanten und Repräsentantinnen des Willkürstaats.

Leider fehlte jedoch in der Debatte (aufgrund der Absage eines vorgesehen Gesprächspartners) die Stimme derjenigen, die dem Unrechtssystem offensiver widerstanden hatten und die dadurch Benachteiligungen und Haftstrafen erfuhrten oder ausgewiesen wurden. Diese Menschen können sicherlich schwer nachvollziehen, wenn es heute oft heißt, dass man in der DDR „trotz allem“ ganz gut habe leben können.

Die fast drei Millionen Bürger, die bis 1989 die DDR verlassen hatten, konnten in diesem Staat nicht leben. Doch wer ging, wer blieb? Was dachten diejenigen, die blieben, von denjenigen, die gingen? Für unsere Zeitzeugen erschien der persönliche Leidensdruck der Ausreisewilligen oder Flüchtenden so hoch, dass sie deswegen die mit Flucht und Ausreise verbundenen Schikanen oder Risiken in Kauf nahmen. Dafür habe man sie bewundert. Anders dagegen beispielsweise der Historiker Stefan Wille: Als einer, der bewusst nicht geflohen war, brachte er im „Tagesspiegel“ vom 26. Juli 2009 zum Ausdruck, dass die, die

↓ Eindrücke von der deutsch-deutschen
Grenzfahrt





blieben und Veränderungen im Land durchsetzen wollten, jene, die weggingen, für egoistisch hielten – begleitet jedoch von einem „heftigen Zwiespalt“, da man als regimekritischer Mensch ja ebenfalls nach Freiheit gestrebt habe.

An diesen Beispielen zeigt sich DDR-Geschichte. Es zeigt sich aber auch die unterschiedliche Erinnerung und Bewertung der Erfahrungen, nicht nur zwischen ehemals West- und Ostdeutschen, sondern auch unter denen, die die DDR miterlebt haben. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Aufarbeitung verändert, wenn die betroffene Generation nicht mehr meinungsbildend ist. Auch in der alten Bundesrepublik dauerte es immerhin bis 1968, ehe die Rolle der sich hauptsächlich in Schweigen hüllende Elterngeneration im Nationalsozialismus offensiver hinterfragt wurde.

➤ Die deutsch-deutsche Grenzfahrt bot Raum für Gespräche und Besichtigungen.



Nadia vom Scheidt, Jg.1971, studierte Mittlere und Neuere Geschichte in Gießen und Bordeaux und arbeitete als Stipendiatin des Stiftungskollegs 2000/01 in Berlin, Paris und Washington D. C. an der Einführung von eGovernment. Heute ist sie in der Bundesverwaltung beschäftigt und initiierte als Vorsitzende des Netzwerks für Internationale Aufgaben die diesjährige Schwerpunktsetzung des Vereins auf das Geschichts- und Gedenkjahr 2009.

ad hoc international

Zeitschrift des Netzwerks für internationale Aufgaben – Stiftungskolleg und Mercator Kolleg Alumni e. V.
(vormals Netzwerk des Stiftungskollegs für internationale Aufgaben e. V.) erscheint halbjährlich.

Diese Ausgabe wurde in Kooperation mit dem CSP-Netzwerk für Internationale Politik und Zusammenarbeit e. V. erarbeitet.

Bildnachweis:

Kristiane Janeke (Seiten 22–23); Nadia vom Scheidt (Seite 26); V+I+S+K (Seite 25)

Herausgeber:

Netzwerk für internationale Aufgaben – Stiftungskolleg und Mercator Kolleg Alumni e. V.
Schillerstraße 57, 10627 Berlin, Telefon +49 (0)30 31 10 22 98, Fax +49 (0)30 31 01 62 29
gf@nefia.org, www.nefia.org

Redaktion:

Bernd Gallep, Kristiane Janeke (Projektleitung), Frederike von Kunow, Daniel Maier (CSP),
Nadia vom Scheidt, Katharina Welle

Autorinnen und Autoren:

Kristiane Janeke, Nadia vom Scheidt, Alexander Schratz, Susanne Skoruppa
Die Beiträge spiegeln die persönliche Meinung der Autorinnen und Autoren wider.

Idee:

Ines Wolfslast

Gestaltung:

V+I+S+K Büro für Visuelle Kommunikation, Berlin

Danksagung:

Diese Publikation wurde von der Robert Bosch Stiftung GmbH gefördert.



Netzwerk für internationale Aufgaben
Stiftungskolleg und Mercator Kolleg Alumni e. V.

